



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. November 2016  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

### **B 55 D Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17); Entwürfe von Gesetzesänderungen und andere Massnahmen im Rahmen des Projekts - Änderung des Gesetzes über Wohnbau- und Eigentumsförderung (Ausserparlamentarische Kommissionen reduzieren) / Finanzdepartement**

#### 1. Beratung

Antrag Urban Sager/Michael Töngi: Ablehnung der Gesetzesänderung.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Der Ablehnungsantrag ist der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden. Ich bitte Sie, der Meinung der Kommission zu folgen.

Urban Sager: Die Aufhebung der Wohnbaukommission ist aus Sicht der SP aus zwei Gründen falsch. Mit der Aufhebung der Wohnbaukommission wird signalisiert, dass es sich hier um ein Thema mit kleiner oder keiner politischer Brisanz handelt. Laut Gesetz überwacht die Kommission die Auswirkungen der Wohnbauförderung und beobachtet die Auswirkungen des Wohnungsmarktes. Ich hoffe, Sie gehen mit mir einig, dass beide Aufgaben von hoher politischer Bedeutung sind. Beweise dafür sind diverse Initiativen auf allen politischen Ebenen für bezahlbaren Wohnraum. Sicherlich hat sich der Fokus vom sozialen Wohnungsbau hin zum gemeinnützigen verschoben, aber genau hier setzt das Fachwissen der Kommission an und hilft dem Regierungsrat bei der Bearbeitung des Themas im Sinn der Luzerner Bevölkerung. Die Annahme vieler Initiativen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus zeigt zudem, dass die Bevölkerung das Problem ebenfalls erkannt hat. Hier soll nun eine politische Begleitkommission aufgehoben werden, die sich genau diesem Problem annimmt und die Regierung beim Finden von Lösungen unterstützt. Aus Sicht der SP-Fraktion handelt es sich um einen klaren Fehlentscheid. Der Regierungsrat signalisiert mit diesem Vorschlag zudem, dass er eine gesetzlich verankerte Mitarbeit seitens der Mieter- und Vermieterschaft beim Thema Wohnungsbau als überflüssig erachtet. Wenn Finanzdirektor Marcel Schwerzmann zudem behauptet, die Kommission habe selber das Gefühl, es brauche sie nicht mehr und sie stimme deshalb der Aufhebung zu, ist das seine eigene Interpretation der Tatsache, dass die Kommission die Zusammenarbeit mit der Regierung kritisiert und keinen politischen Willen spürt, das Thema des gemeinnützigen Wohnungsbaus ernsthaft anzugehen, eine Entwicklung, die wir leider auch aus anderen Kommissionen kennen. Für eine gelungene Zusammenarbeit braucht es immer zwei. Sicherlich ist es so, dass der Wohnungsbau und die Förderung von gewissen Wohnbauformen primär Aufgaben der Gemeinden sind. Viele Gemeinden nehmen diese Aufgabe, wenn auch erst auf politischen Druck hin, durchaus ernst und setzen

entsprechende Projekte um. Aber dem Kanton jegliche Kompetenz in diesem für viele Menschen so zentralen Anliegen abzusprechen, geht deutlich zu weit. Wie und wo der Kanton steuernd eingreifen soll, müssen wir heute nicht entscheiden. Wir entscheiden nur, ob wir auch in Zukunft ein Fachgremium aufrechterhalten, das sich dieses Themas annimmt und die Regierung dabei entsprechend unterstützt. Für die SP-Fraktion ist die Wohnbaupolitik eine zentrale politische Aufgabe von hoher Aktualität, die für weite Teile der Bevölkerung grosse Auswirkungen hat. Wir lehnen deshalb die Aufhebung der Wohnbaukommission ab.

Michael Töngi: Die Grüne Fraktion ist gegen eine Aufhebung der Wohnbaukommission. Es ist bekannt, dass im Raum Luzern relativ grosse Probleme auf dem Wohnungsmarkt bestehen. In kaum einer anderen Region in der Schweiz wie in Luzern sind die Angebotsmieten so stark gestiegen. Es gibt Themen, die sollen und müssen behandelt werden. Der Regierungsrat erachtet die Zusammenarbeit mit der Wohnbaukommission nicht mehr als wichtig. Aus unserer Sicht gibt es aber weiterhin Aufgaben für die Wohnbaukommission. Es geht darum, wie der preisgünstige Wohnungsbau und entsprechende Zonen gefördert werden können, oder auch um das Thema der Mehrwertabschöpfung. Um in der Wohnbaupolitik aktiver werden zu können, braucht es eine Begleitkommission, die aktiv miteinbezogen wird. Aus diesen Gründen lehnen wir die geplante Gesetzesänderung ab.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP-Fraktion stimmt inhaltlich sowohl mit der SP wie auch mit den Grünen überein. Allerdings sind wir der Meinung, dass diese Aufgabe auf Gemeindeebene angegangen werden muss und das in der Agglomeration bereits der Fall ist. Es ist richtig und wichtig, dass eine Kommission dort angegliedert wird, wo Handlungsspielraum besteht und entsprechende Kompetenzen liegen. In diesem Sinn stimmen wir der vorliegenden Gesetzesänderung zu.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Mit dieser Massnahme werden zwar keine grossen Einsparungen erzielt, dafür aber eine Effizienzsteigerung. Die Aussage von Urban Sager ist nicht korrekt. Der Präsident und Kantonsbaumeister der Wohnbaukommission, Hans-Urs Baumann, hat sich dahingehend geäussert, dass es die Kommission nicht mehr brauche. Heute sind die Wohnbaugenossenschaften selber aktiv auf dem Markt. Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum steht in ihren Statuten. Die CVP-Fraktion stimmt der Gesetzesänderung zu.

Giorgio Pardini: Ich kann mich daran erinnern, als unser Rat diese Kommission wieder ins Leben gerufen hat. Damals hat die Regierung das Vorhaben unterstützt, weil sie es als wichtig und dringend empfand, eine Fachkommission in der Wohnbaupolitik zu haben. Ich finde es etwas fragwürdig, anlässlich einer Spardebatte unangenehme, demokratische Instrumente mit dem Argument der Effizienzsteigerung abzuschaffen. Es handelt sich nicht um eine Effizienzsteigerung, sondern um eine Schwächung der Regierung und des Parlaments, wenn Fachkommissionen unter dem Deckmantel der Spardebatte abgebaut werden. Die Wohnbaukommission hat in den letzten Jahren wertvolle Dienste für unseren Kanton geleistet. Deshalb kann ich die Argumentation des Kantonsbaumeisters nicht nachvollziehen. Die Aufhebung der Wohnbaukommission ist nicht sinnvoll, insbesondere wenn man dabei bedenkt, dass im Kanton Luzern der überwiegende Anteil der Bevölkerung aus Mieterinnen und Mietern besteht.

Patrick Hauser: Ich kann mich dem Votum von Inge Lichtsteiner anschliessen, wonach die Wohnbaukommission primär Aufgaben wahrnimmt, die auf kommunaler Ebene viel effizienter gelöst werden können. Zurzeit wird sehr über die Eigentumsförderung gesprochen; es ist schwierig, diesbezüglich eine Verbindung mit Mieterinnen und Mietern herzustellen. Die Wohnbaukommission hat in der Vergangenheit nur sehr sporadisch getagt und deshalb dem Kanton Luzern wenig Mehrwert gebracht.

Marcel Budmiger: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren verschärft. Die Wohnbautätigkeit hat nicht mehr Schritt gehalten mit der anhaltenden Zuwanderung, der hohen Lebenserwartung und dem steigenden Platzbedarf. Unter dieser Entwicklung hat vor allem der kostengünstige Wohnungsbau gelitten. Es handelt sich hier

nicht um ein linkes Parteiprogramm, sondern es steht so auf der Webseite des Finanzdepartementes. Es wäre also definitiv der falsche Zeitpunkt, um die kantonale Wohnbaukommission abzuschaffen. Die Argumente der bürgerlichen Vorredner zeigen einmal mehr, wie ernst sie die Wohnproblematik nehmen. Der Regierungsrat wollte vor zwei Jahren eine öffentlich-rechtliche Anstalt gründen, damit im ganzen Kanton mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Leider wurde dieses Anliegen von der bürgerlichen Seite nicht unterstützt mit dem Argument, das sei Sache der Wohnbaugenossenschaften. Jetzt diskutieren wir aber genau über diese Wohnbaugenossenschaften, die in der kantonalen Wohnbaukommission vertreten sind und dort von der Regierung angehört werden. Es kommt zu einer Schwächung der Wohnbaugenossenschaften. Das Gleiche gilt für die Eigentumsförderung, auch der Hauseigentümergebund ist in dieser Kommission vertreten. Im Rahmen des KP17 setzt die bürgerliche Mehrheit auf einseitige Massnahmen, anstatt nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Ich bitte Sie, die Gesetzesänderung abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung hält an der Gesetzesänderung fest. Kantonsrat Urban Sager nimmt es mit der Zitierweise nicht so genau. Aus dem von Urban Sager zitierten Dokument geht hervor, dass die Wohnbaukommission sich nicht über mangelnde Unterstützung der Regierung beklagt, sondern dass sie mit ihren politischen Anliegen beim Kantonsrat nicht durchgedrungen ist. Die Wohnbaukommission hätte die Aufgabe, selber den Markt zu beobachten und der Regierung Empfehlungen abzugeben. Dies hat sie in der Regel aus dem einfachen Grund nicht gemacht, weil ihre Mitglieder stark genug sind, um sich selber zu wehren. Deshalb braucht es die Kommission nicht mehr. Der Kantonsbaumeister hat nichts gegen die Kommission einzuwenden, er selber ist im gemeinnützigen Wohnungsbau engagiert. Deshalb kann der Kanton dieses Thema selber gut bearbeiten, auch ohne die Wohnbaukommission, die sehr selten tagt.

In der Gesamtabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gesetzes über Wohnbau- und Eigentumsförderung, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 91 zu 20 Stimmen zu.